

Zukunftsprojekt Westwall

Wege zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Überresten
der NS-Anlage unter denkmalpflegerischen, zeithistorischen,
bildungspolitischen und naturkundlichen Aspekten

Projekt einer interdisziplinären Fachtagung
mit anschließender Dokumentation

Frank Möller

Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis (GIP), Köln
gip.moeller@netcologne.de

Stand: 4/2005

Zur Geschichte

Historische Bauten des Nationalsozialismus haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Anlass für Kontroversen um deren Erhalt, Nutzung, denkmalästhetische Inszenierung und Musealisierung gegeben, insbesondere dann, wenn es sich bei ihnen um sogenannte „Täterorte“ handelte. Das gilt gleichermaßen für so unterschiedliche Bauwerke oder -ensembles wie das Nürnberger Reichsparteitagsgelände, die Berliner Wannsee-Villa als auch für die NS-Schulungskaserne „Ordensburg Vogelsang“ im Zentrum des neuen Nationalparks Eifel.

Weitgehend unberührt von diesen Kontroversen ist bis in jüngste Zeit der wohl mächtigste Baukomplexe aus der NS-Zeit geblieben: der sogenannte Westwall. Es handelt sich dabei um eine langgezogene Festungslinie, bestehend aus rund 17.000 Bunkern, Panzersperren und Laufgräben, die sich über eine Strecke von rund 630 Kilometern von Kleve am Niederrhein bis hinter Basel erstreckt und dabei eine räumliche Tiefe von bis zu 50 Kilometern erreicht. Die Anlagen wurden vorwiegend in den Jahren 1938-40 auf Hitlers Befehl errichtet und sollten dem Schutz der Westgrenze dienen, um so die militärischen Voraussetzungen für den beabsichtigten Vernichtungskrieg gegen die Völker des Ostens zu schaffen. Mit Militäreinheiten besetzt wurde der Westwall zweimal: im August 1939 vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen; und gegen Ende des Krieges im August 1944, zur Verteidigung des Reichsgebiets vor den heranrückenden angloamerikanischen Verbänden.

Nach dem Krieg sprengten die Alliierten einen großen Teil der Anlagen, um deren weitere Nutzung unmöglich zu machen, und die jeweils ansässige Bevölkerung sowie professionelle Schrotthändler demontierten all das, was ihnen in den Notzeiten noch brauchbar erschien. Zurück blieben in den meisten Fällen ineinander verkeilte Betontrümmer oder Bunkerräume, die zwar noch begehbar, deren Decken oder Wände aber beschädigt waren. Ein Teil der Anlagen überstand die Kriegs- und Nachkriegszeit aber auch weitgehend unbeschädigt. Die Mehrzahl davon befindet sich im Saarland und in Rheinland-Pfalz.

Wenn der Westwall in den vergangenen Jahren zum öffentlichen Thema wurde, so geschah das vorwiegend dann, wenn das Bundesfinanzministerium über die ihm nachgeordneten Oberfinanzdirektionen daran ging, Westwallanlagen „verkehrssicher“ zu machen – eine Ver-

pflichtung, die dem Bund seit den 50er Jahren aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes obliegt. In den meisten Fällen kamen die Oberfinanzdirektionen ihrer Verpflichtung dadurch nach, dass sie Anlagen, von denen nach ihrer Auffassung Gefahren ausgehen konnten, zerstören und übererden ließen. Nach und nach verschwanden auf diese Weise immer mehr Elemente der ehemaligen NS-Festungslinie.

Zu den ersten „natürlichen“ Gegnern dieser Abrisspraxis wurden seit Beginn der 80er Jahre, neben lokalen Initiativen, einzelne Denkmalbehörden, die darauf insistierten, dass auch den baulichen Hinterlassenschaften der NS-Zeit ein eigener Denkmalwert beizumessen sei. Impulse zur Erfassung und Unterschutzstellung der Westwallanlagen gingen vor allem vom Rheinischen Amt für Bodendenkmalpflege (Bonn) aus, dessen Mitarbeiter Manfred Groß in der Reihe „Archäologische Funde und Denkmäler des Rheinlands“ 1982 auch die erste umfangreiche und fundierte Darstellung eines größeren Westwallabschnitts vorlegte: „Der Westwall zwischen Niederrhein und Schnee-Eifel“. 15 Jahre später wurde vom selben Amt das zweibändige Werk „Der Westwall. Vom Denkmalwert des Unerfreulichen“ (1997) herausgebracht. Hatte sich Groß' Monographie noch an ein engeres Fachpublikum gerichtet, so spiegelt der neuere Aufsatzband – der zweite Teil besteht aus einer Kartensammlung – das inzwischen deutlich gewachsene öffentliche Interesse am Westwall, nennt Standorte einzelner erhaltener oder teilerhaltener Bunkeranlagen und Höckerlinien und gibt Hilfestellungen zu deren Auffindung.

Der Konflikt zwischen Abrisspraxis und Denkmalschutzinteresse erfuhr während der letzten Jahre eine schrittweise Entschärfung. Vertreter von Denkmalbehörden und Oberfinanzdirektionen einigten sich – unter Einbezug von Umweltexperten, die seit Jahren auf die Bedeutung der Bunkeranlagen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten hingewiesen hatten – auf ein Begehungsverfahren, um zu tragfähigen Einzelfallentscheidungen über die Zukunft der Anlagen zu kommen. Konfliktfrei blieb jedoch auch dieser Verfahrensweg nicht. Im März 2005 einigten sich auf Initiative des nordrhein-westfälischen Landesverbandes des BUND die zuständigen Behörden in Nordrhein-Westfalen und die seit Januar 2005 für die Verkehrssicherung zuständige neu gegründete Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf ein zweijähriges Abrissmatorium in NRW.

Gründe zur Vernetzung der vorhandenen Fachkompetenz

Die Zeit sollte genutzt werden, um auf einer interdisziplinär ausgerichteten Fachtagung Wege zu einer verantwortungsbewussten Erschließung und Inwertsetzung der Westwall-Anlagen auszuloten und Impulse für eine Vernetzung fachlichen Know-hows anzustoßen. Dies erscheint aus mehreren Gründen wünschenswert:

Zum einen ist davon auszugehen, dass entlang des Westwalls längst eine Nutzung vorhandener Anlagen stattfindet. In mehreren Bunkern – so in Irrel, Bad Bergzabern, Niedersimten bei Pirmasens etc. – betreiben Vereine oder Privatpersonen Militärmuseen, in denen unter Ausblendung zeitgeschichtlicher Fragestellungen und des verbrecherischen Kontextes, dem der Westwall seine Entstehung verdankt, nahezu ausschließlich militär- und technikgeschichtliche Aspekte der Anlagen präsentiert und i.d.R. völlig distanzlos verherrlicht werden. Faktisch haben diese Bunkerbetreiber jeweils die Deutungshoheit über die Westwallgeschichte vor Ort erlangt. Diese Entwicklung unkontrolliert weiterlaufen zu lassen, kann weder im Interesse von Politik noch von politischer Bildung sein, zumal diese Betreiber und ihre Vereine, die sich selbst nach außen als „Festungsforscher“ darstellen, eine hohe Durchlässigkeit gegenüber Personen aufweisen, die eindeutige Affinitäten zu rechtsextremen Tendenzen aufweisen. Um dieser fatalen Entwicklung entgegen zu steuern, bedarf es seriöser, politisch wie wissenschaftlich vertretbarer Inwertsetzungs- und Erschließungskonzepte für den Westwall, die bislang nicht vorliegen.

Die Inwertsetzung historischer Potenziale für die Tourismus-Entwicklung stellt hohe Anforderungen an die jeweiligen kommunalen und regionalen Entscheidungsträger sowie an die Denkmalpflege. Bislang mangelt es jedoch nicht nur an einem tragfähigen Gesamtkonzept für die touristische Erschließung einzelner Westwallabschnitte, sondern auch an geeigneten Koordinations- und Beratungsangeboten für Kommunen, die darauf setzen, von der Erschließung solcher Anlagen touristisch zu profitieren.

Da zunehmend mehr Kommunen Bunkeranlagen und Panzersperren als potenzielle touristische Anziehungspunkte entdecken, wäre eine Bündelung aller bislang vorhandenen fachlichen Kompetenzen zu einer unabhängigen Beratungsinstanz, die die Kommunen bei der Durchführung ihrer Vorhaben unterstützen kann, dringend wünschenswert.

Ziele der Tagung

Vor diesem grob skizzierten Hintergrund verfolgt die anvisierte Tagung folgende Ziele. Sie will:

- Zu einer Bestandsaufnahme der derzeit bereits stattfindenden sowie der geplanten Aktivitäten entlang des Westwalls beitragen, die z. T. überaus problematischen Charakters sind (s.o.).
- Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordination von Denkmalschützern, Historikern, Naturschützern und kommunalen Verantwortlichen eruieren, Konturen eines Gesamtkonzeptes für die touristische Erschließung des Westwall erarbeiten und geeignete Wege zur Bündelung der vorhandenen Kompetenzen aufzuzeigen.
- Erfahrungen, die in den vergangenen Jahrzehnten bei der Musealisierung von NS-Täterorten gesammelt wurden, an signifikanten Beispielen demonstrieren und für die Diskussion über den künftigen Umgang mit dem Westwall fruchtbar machen. Hierzu sollte auf das Know-how von Museumsdidaktikern sowie Mitarbeiter von Mahn- und Gedenkstätten zurückgegriffen werden.
- Vorschläge zur Entwicklung seriöser Informationsmaterialien erarbeiten, die geeignet sind, dem in den letzten Jahren gewachsenen Publikumsinteresse am Westwall ausreichend und angemessen Rechnung zu tragen, ohne dessen zeitgeschichtlichen Entstehungskontext auszublenden. Liegen doch, abgesehen von der o.g. und auf einen regionalen Ausschnitt begrenzten Publikation des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege, bislang kaum seriöse und touristisch nutzbare Publikationen zum Westwall vor. Hier wäre die politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Zeitgeschichtsforschung und der Denkmalpflege gefordert.